

... in der Richtung des ... mit ...

Das, was Lenin über das Wesen des Opportunismus nach seiner Wandlung zum Sozialchauvinismus sagte, gilt in neuem Maße nach dessen Wandlung zum Sozialfaschismus. Lenin sagte:

„Der politische Inhalt des Opportunismus und des Sozialchauvinismus ist derselbe: Zusammenarbeit der Klassen, Verzicht auf die Diktatur des Proletariats, Verzicht auf die revolutionäre Aktion, die rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, das Vertrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber...“

Der Sozialchauvinismus ist der vollendete Opportunismus. Er ist voll geworden zu einem offenen, oft sekundären Bündnis mit der Bourgeoisie und den Generalstabern...“

Der Opportunismus ist überreife geworden. Er geht definitiv als Sozialchauvinismus in das Lager der Bourgeoisie über.“

(Lenin, Ges. Werke, Bd. XIX, S. 7, 9, 16.)

Die ganze Entwicklung der Nachkriegszeit, die Verwandlung der Sozialdemokratie in den „gemäßigten Flügel des Faschismus“ (Stalin) und in einen Restrup des interrevolutionären Angriffs gegen die Sowjetunion und die Weltrevolution hat jedem Klassenbewussten Arbeiter die entscheidende Bedeutung des unerbittlichen Kampfes Lenins gegen den Opportunismus in allen seinen Spielarten zum Bewusstsein gebracht. Es darf bei uns nicht die geringste Unklarheit über das Wesen des Opportunismus mehr geben. Die Reste der Unklarheit, daß die sozialdemokratische Politik letzten Endes doch eben nur „ein anderer Weg“ zum sozialistischen „Endziel“ sei, müßte endgültig beseitigt sein.

In diesem Sinne muß die gesamte Partei den schändlichen Monarchen der SPD-Führer ebenfalls größter Aufmerksamkeit schenken. Die Politik der SPD ist verfallener Sozialfaschismus, den wir auf Schritt und Tritt zu schlagen haben.

Das XI. Welt-Kongress sagte über die „linken“ Wandern der SPD:

„In Wirklichkeit hält die Sozialdemokratie durch viele Menschen dem Kapital keine Stütze auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse durchzuführen, keine Diktatur zu schaffen, die Sicherung des bürgerlichen Staates zu bekämpfen und den Widerstand des Volkes dagegen zu unterstützen, den spontanen Drang der breiten Arbeitermassen zur Einheitsfront zu unterstützen und die Vorbereitung des Kampfes gegen die Sowjetunion zu hemmen.“

In einigen Stellen hat es sogar Genossen und unsere Leitungen gegeben, die glauben, die „linken“ SPD-Führer würden uns „näher“ als die SPD-Führer, weil sie über Unterstützung der Einheitsfront mit „linken“ Thesen hantieren. In Wirklichkeit sind sie die schlimmsten Feinde der wirklichen proletarischen Einheitsfront. Das gilt genau so für die brandenburgischen und thüringischen Komparten des Kommunismus, die alle Fragen nur unter dem Gesichtswinkel ihrer Loyalität zur Partei und zur Kammer leben.

Eine liberale Einstellung zu den sozialistischen Agenten, die sich hier und dort einzuschleichen versuchen, muß die Partei äußerlich bekämpfen. Genosse Stalin hat in seinem Brief den Sozialismus folgendermaßen charakterisiert:

„Der Sozialismus ist der Fortschritt der interrevolutionären Bourgeoisie. Daher ist der Liberalismus gegenüber dem Sozialismus, wenn auch dem geschlagen und massierten, eine Talsperre, die an ein Verbrechen, an einen Verrat an der Arbeiterklasse grenzt.“

Diese Worte sind nicht an die Führer des Herrn Stalin allein gerichtet, sie richten sich an alle Feindesgleichen, ganz gleich wo und in welcher Gewand sie auftreten mögen. Die gesamte Partei muß mit großer Wachsamkeit die arbeitserfreundlichen Wandern der verfallenen Sozialisten aufdecken und durchkreuzen, genau wie bei der rechten Ketzerei.

Bei der Forderung der Einheitsfront der württembergischen Kommunisten hat das Zentralkomitee bereits auf ernste Beispiele rechtsopportunistischer Abweichungen in der Frage der Einheitsfrontpolitik hingewiesen. Diese Erscheinungen und ähnliche Erscheinungen in anderen Bezirken sind ein Beweis dafür, daß der Betrug der SPD-Führer mit der Theorie des „kleineren Übels“ nicht überall hellsichtig erkannt und geschlagen worden ist. In einzelnen Stellen haben unsere Genossen nicht nur nicht verstanden, bestimmte Wandern der SPD-Führer, z. B. ihre lächerlichen „Einheitsfrontangebote“ als gegen die rote Einheitsfront gerichtet zu erkennen und anzuprangern, sondern haben sich selbst den sozialdemokratischen Illusionen zu ergablich gezeigt. Die SPD, KPD und SWP-Führer führen ihre betrügerischen Wandern durch zu dem Zweck, Unklarheit und Verwirrung in die Reihen unserer Partei und der Arbeiterklasse zu tragen und sich neue ideologische Stützen zur Fortführung ihrer schändlichen Politik des sogenannten „kleineren Übels“ zu geben. Demgegenüber mußte unsere Partei um so mehr die hellsichtige Politik des unermüdbaren Kampfes für die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei für die Kampfbedingungen des Proletariats im Betrieb, auf der Stempelstraße, in Stadt und Land heigern. In diesem Kampf kommt bei revolutionären Massenorganisationen, besonders der KPD, machende Bedeutung zu, als wichtigen Hebeln der gesamten revolutionären Massenarbeit.

Die SPD-Führer und Brandstifter haben demagogisch die Frage der Einheitsfront des Proletariats identifiziert mit der Frage der „Einigung“ zwischen den SPD-Führern und der Führung der KPD. Sie sprechen dabei auf sentimentale Einbildungen und Illusionen innerhalb der Arbeiterklasse. Sie wollen damit bewirkt die Arbeiterklasse betrogen. Unsere Aufgabe besteht darin, diese falsche Auffassung über die Fortsetzung der proletarischen Einheitsfront mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und allen betrügerischen Illusionen sofort die Spitze abzubrechen. Die wirkliche proletarische Einheitsfront, unsere rote Einheitsfront, bildet sich im Kampf, für den Kampf und wird im Kampf liegen. Die überall vorhandenen Ansätze der Bildung der roten Einheitsfront des Proletariats unter unserer Führung werden auf Grund der richtigen Klassenlinie und der Massenpolitik unserer Partei sich weiter entwickeln und die Voraussetzungen für die Vernichtung des Klassenstaates der Sozialdemokratie schaffen. Die Politik der fragwürdigen roten Einheitsfront besteht in der Anwendung unserer Strategie und Taktik auf die tägliche Massenarbeit. Ihre Voraussetzungen liegen ausschließlich in der täglichen Mobilisierung sozialdemokratischer, parteiloser, christlicher Arbeiter unter Führung der Kommunisten für die Fortsetzungen der Arbeiterklasse. In diesem Kampfe entstehen und entstehen bereits neue organisatorische Formen (Einheitsfrontkomitee, Kampfschläge usw.). Die Frage der organisatorischen „Bereinigung“, „Verbreiterung“ oder gar „Neutralität“ gegenüber SPD- und SWP-Instanzen stellen und glauben, daß auf diese Weise eine Einheitsfront für spätere Kämpfe entstehen könnte, ist schlimmer als geistliche Opportunismus.

In Württemberg ergab sich eine Häufung opportunistischer Abweichungen (gemeintame Oden und Württembergern mit der SPD bei den Kommunalwahlen usw.), die in zwei Fällen bis zu offen liquidatorischen Tendenzen gingen, ohne daß die Sozialsetzung energisch und rechtzeitig eintritt. In Schloß und Gießen zeigten sich wiederum Erscheinungen einer Verleugung der Rolle der SPD und Führer in der Anwendung der Einheitsfrontpolitik. In mehreren Bezirken (Münster, Jülich, Düsseldorf usw.) kam es unter Verhüllung der Mobilisierung der Massen zur Anwendung der Einheitsfrontpolitik.

### Ein würdiger Bundesgenosse des ADGB-Arndt

# Goerdeler ist scharf auf — Preisschilder

## Ablenkung der Empörung über Lohnabbau auf Kleingewerbetreibende zugunsten der Großkapitalisten

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, hat nach den Meldungen der bürgerlichen Presse ein „umfangreiches Programm“ aufgestellt. Betrachtet man dieses Programm etwas eingehender, so kann man sofort feststellen, daß es sich bei Preisfestlegung lebenswichtiger Waren mit der Einholung der Meinungen und Verhandlungen begnügt, keine einseitige Preisfestlegung mit beunruhigenden. Aber schärft ist Herr Goerdeler auf eine ungeheure wichtige Sache: auf die Preisschilder in den Läden der Kleingewerbetreibenden. Hier findet er recht aggressive Worte, hier droht er mit „schweren“ Strafen, hier „widmet er besondere Aufmerksamkeit“. Wörtlich heißt es darüber im Dresdener Anzeiger:

„Schließlich sollen auch die Bestimmungen über die Preisvergleichnisse erweitert und verschärft werden. Der Reichskommissar will auf dem Reformationswege die einzelnen Gewerbezweige, vor allem den Kolonialwarenhandel, aber auch die Handwerker zwingen, daß sie im Schaufenster oder an der Ladenfront genaue Preisvergleichnisse befestigen.“

Nichts kennzeichnet besser den wahren Sinn dieser „Preisabbau“-Aktion als der Beschluß der Konzentration der öffentlichen Meinung auf die Preisschilder bei den Kleingewerbetreibenden. Da aber diese durch die großen Geschäftsmacher, durch die Banken und die Einkaufsgesellschaften zu bestimmten Preis-

Charakter der Lohnabbauoffensive und über die wahre Bedeutung der „Preisvergleichnisse“ der Großkapitalisten hinwegtäuschen. Die überall aufflammenden Kämpfe sind ein Beweis dafür, daß die herrschende Klasse. Und gerade jetzt können wir die Kleingewerbetreibenden begreifen, daß ihre Lebenshaltung zusammenbricht, wenn die der Arbeiterklasse gefolgt wird. Die Mittelklasse will so eifrig, daß ihre Existenz abhängig vom Erfolg des Kampfes der Arbeiterklasse.

Der Zeitungskampf aller Werkstätten gegen die mörderische Diktatur des Großkapitals wird entzündet durch den Klassenkampf der Arbeiter unter Führung der KPD und der ADO um Arbeit, Lohn und Freiheit!

### Majorbovotation in Großenhain

EM überfällt Polizeibeamte — niemand wird verhaftet

In Großenhain kam es am Dienstag zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Nationalsozialisten. In Paris hatten eine öffentliche Versammlung veranstaltet, in der ein Reichstagsabgeordneter eine der üblichen Hezereien hielt. Solange er nur gegen den Marxismus freisprach, ließ die überwachende Polizei ruhig zu. Erst als er auch den Angriff, verurteilte die Polizei eingzugreifen. In diesem Augenblick stießen die SA-Leute, die legalen Schützlinge der Polizei und Schied, über die Beamten her und schloßen sie mit Stühlen und Klagen ein. Ein Ueberfallkommando mußte die angegriffenen Beamten befreien und räumte dann den Saal. Trotz dieser Vorgänge hörte man nicht von Verhaftungen, obgleich die Prozeduren selbstverständlich der Polizei bekannt waren. Man vergesse damit die Haltung der Polizei gegenüber den Arbeiterversammlungen und man erkenne, welcher Kurs in Schied-Sachen getrieben wird.

### KPD-Zeitung in Mecklenburg verboten

Die kommunistische Tageszeitung für Mecklenburg, die in Rostock erscheinende Volkswacht, ist jetzt erneut für sechs Wochen verboten worden.

Besonders leit den Mecklenburger Wahlen wird die Volkswacht Mecklenburgs immer wieder für größere Zeiträume verboten. Den notleidenden mecklenburger Massen, insbesondere in Landwirtschaft und kleinen Bauern soll das Knapplagen erspart werden.

### Die Schwaffertatastrophe

Der heute erneut eintreffende Regen, verbunden mit Sturm, hat die Gefahren der Schwaffertatastrophe erneut erhöht. Die Elbe hat den vorausgelegten Höchststand erreicht. Sie ist in Dresden über die Ufer getreten und umspült die Ufer der frühlichen Terrasse und bedeckt die Elbweiden auf der Neustädter Seite. Heute früh wurde der Dresdener Wasserstand mit 220 angegeben. Besonders schweren Schaden hat die Uferverwässerung in der Chemnitzer Umgebung angerichtet. Es berichten ausführlicher in der Beilage „Rund um den Cebal“

### Alle Arbeiterversammlungen verboten

Verfügung des Kölner Regierungspräsidenten

M. Köln, 6. Januar. Im Hinblick auf die vor einigen Tagen von den Kommunisten angeregte (!) Streikaktion hat der Regierungspräsident in Köln für seinen Bezirk die Polizeibehörden angewiesen, alle Versammlungen der kommunistischen Partei und ihrer Unter- und Nebenorganisationen bis auf weiteres zu verbieten. Der Regierungspräsident hat ferner auf Grund der letzten Kämpferaktion eine Anordnung über die Anwendung von Schutzmassen und Munition herausgegeben.

len gezwungen werden, während jene sich ausdrücklich auf Goerdeler und die Kolonialdiktatur bei der Verweigerung einer Preisfestlegung berufen, bedeutet das eine direkte Ablenkung der Empörung der Volksmassen auf die kleinen Geschäftleute.

Erst hat die Großbourgeoisie die Kleinbürger mit der Forderung „zu hohen Arbeiterlohn“ zur Unterdrückung der schändlichen Lohnabbauoffensive zu gewinnen versucht, jetzt will man die in Bewegung gegen den Lohnabbau geratenen Arbeiter auf die Handwerker und Kleinhandwerker heben, um so die wirklichen Arbeiter und Ausbeuter zu lähmen und ihre Profite zu sichern.

Und dieser Demagogiekunst der Bourgeoisie verjagt die ADO mit seinem Kurs unter die Arme zu treten, um gleichzeitig von einem eigenen Verrat an den Arbeiterinteressen abzulenken.

Dem „Preisschilder-Bund“ der Goerdeler und Arndt wird es jedoch nicht gelingen, die Arbeiterklasse über den schändlichen

setzung der Massen zur Anwendung der Einheitsfrontpolitik nach oben. (Vorläufiges Komitee mit SPD- und brandenburgischer Führung; Offener Brief an die SPD, Spitzenverhandlungen mit SPD und SWP.) Im Ausbreitungsfall ist es außerdem zeitweise zu einer falschen Aufgabenstellung im Kampf gegen die Nationalsozialisten der Bourgeoisie. (Wirtschaftsaktionen in der Bekleidungsindustrie hat Kampfmittelstellungen.) In Berlin zeigte sich in der Arbeit einzelner roter Betriebsräte und Betriebszellen notübergehendes Zurückweichen vor dem Reformismus. (Eisenbahn, Post usw.) Ungehörige Massenarbeit und partei Veranschlagung des Kampfes gegen Hitlerpartei und Stahlhelm sind im Bezirk Halle-Merseburg zu beobachten. Versammlung in der Bekleidungs- und Textilindustrie der Brandenburger als Agenten des Sozialfaschismus zeigten sich im Bezirk Hagen-Stralsund (Ostsee). Im gleichen Bezirk politische Fehler der neu gewählten bürgerlichen Kandidatsfraktion.

In all diesen und anderen Beispielen drückt sich eine ungenügende Durchführung der Klassenlinie der Partei aus. Wo sich in dieser Richtung Abweichungen gezeigt haben, hat die Parteiführung durchgegriffen und Maßnahmen getroffen, sogar bis zum Ausschluß hartnäckiger Opportunisten aus der Partei. (Belgien)

Die Parteiführung duldet ebensowenig das verführerische Verhalten gegen diese opportunistischen Fehler (Beschluß des ZA in Angelegenheit Emel usw.), noch gleich, wo es sich zeigen möge. Für Verlogenheit und launen Liberalismus gegenüber Abweichungen und Fehlern ist in unserer Partei, die im Feuer des härtesten Kampfes gegen den Klassenfeind steht und an die immer höhere Anforderungen gestellt werden, kein Platz.

Eine Überprüfung der Parteiführung ist, wie notwendig es ist, die Aufmerksamkeit gegenüber Abweichungen von der Parteilinie zu steigern. Das XI. Welt-Kongress sagte über die rote Hauptaufgabe in der gegenwärtigen Periode im Zusammenhang mit unserem Kampf für die Organisierung der roten Einheitsfront folgendes:

„Der revolutionäre Kampf gegen den Faschismus ist erst von den kommunistischen Parteien die Mobilisierung der Massen auf der Grundlage der Einheitsfront von unten gegen alle Formen der bürgerlichen Diktatur und gegen sämtliche reaktionären Maßnahmen der bürgerlichen Diktatur, die die Bahn für die offene schändliche Diktatur freimachen. Er fordert eine rasche und entschiedene Ausrichtung der Partei, die in der Hauptsache auf die liberale Konkurrenz eines Gegensatzes zwischen Faschismus und den bürgerlichen Demokraten, sowie zwischen den parlamentarischen Formen der Diktatur der Bourgeoisie und den offen schändlichen Formen hinauslaufen, was eine Widerspiegelung des sozialdemokratischen Einflusses in den kommunistischen Parteien darstellt.“

Alle opportunistischen Fehler in der Durchführung unserer Einheitsfrontpolitik lassen sich, wie der Genosse Thälmann einsehend nachgewiesen hat, im Grunde auf diese falsche, unblutige Gegenüberstellung des Faschismus und der bürgerlichen „demokratischen“ Formen der kapitalistischen Diktatur zurückführen. Daraus ergibt sich die falsche Einstellung gegenüber der SPD und SWP, gegenüber den Senatoren und Senatoren, die auf diese Weise eben als „kleineres Übel“ im Vergleich mit den Kapitalisten hingestellt werden. Mit einer solchen Konstruktion ist dann der Übergang zur kollektivistischen Politik, gewollt oder ungewollt, vollzogen.

Die Partei muß deshalb die hier und da auftretende Unklarheit als Konsequenz der ersten ideologischen Durchdringung der Arbeiterklasse eine „Mischung“ der Partei von der Ge-

füllung ihrer praktischen Arbeit, mit starker Entschiedenheit bekämpfen. Jede Unterdrückung der Wichtigkeit des theoretischen Studiums, das die Partei an der Hand der durch den SWP-Stalinus geschriebenen Diskursen jetzt organisiert, muß zu schmerzhaften Lehren in der Praxis führen.

Die erste ideologische Durchdringung unserer gesamten Parteimitgliedschaft bedeutet eine ungeheure wichtige praktische Hilfe bei der Vorbereitung und Durchführung der Massenaktion und Kampfes des Proletariats. Die Schulung und Erziehung der Parteimitglieder gegen Abweichungen ist von der Kampfmobilisierung von der revolutionären Massenarbeit nicht zu trennen. Die Partei muß das hellsichtige noch vorhandene ungenügende Material für den politischen Charakter der gegenwärtigen Kämpfe in der gegenwärtigen Periode festhalten. Die große Bedeutung der Teilsamnisse muß den Kommunisten voll zum Bewusstsein kommen. Die opportunistische Streikfurcht, die hier und dort in Erscheinung tritt, muß schärfstens überwunden werden. Die Kommunisten müssen die gesamten Arbeiterklasse immer wieder zeigen, daß jedes Zurückweichen des Proletariats vor Anschlägen der Bourgeoisie bewirkt, daß immer schärfere Angriffe, immer unerbittlicher Vorstöße der Bourgeoisie zu erwarten sind.

Dabei ist es selbstverständlich, daß die hellsichtige Parteipolitik zur Vorbereitung hat eine richtige Erkenntnis der Wichtigkeit der Reichsbewegung und Formen der proletarischen Massenaktion und ihrer Auslösung. Jeder Schematismus, jede unvollständige Darstellung von Tendenz zur unklaren Darstellung von Aktionen, die die Forderung von Aktionen sind nur zwei Seiten derselben opportunistischen Einstellung und der Verachtung der Grundzüge der proletarischen Massenarbeit.

Das gilt auch für die organisatorischen Grundlagen unserer Streikarbeit. Die Vernachlässigung der Aufgabe, die Schweregehalt bei der Werbung und in unserem ganzen Parteileben auf die Betriebe zu legen, ist auch eine Form der ungenügenden Durchführung unserer Parteilinie, auch ein Teil, der weichen vor Schweregehalt. Nur so ist die notwendige Zahl von Betriebsarbeitern gegenüber den neugeworbenen erwerbslosen Parteimitgliedern zu erhöhen.

In unbedeutender Verfolgung der Klassenlinie des Proletariats als organisiert unsere Partei die fragwürdige rote Einheitsfront als Kampfes für den Sozialismus. Was uns jetzt die entscheidende Aufgabe der Mobilisierung der Massen für große Kämpfe gegen die Unternehmerrasserie ist, gegen die Diktatur der Bourgeoisie, haben im rücksichtslosen Kampf gegen den Klassenfeind und gegen alle Versuche, Klassenfeindlichen Ideologien unteren Reihen Platz zu verschaffen. Die Partei muß sich gleicher Entschiedenheit gegen die rechtsopportunistische Verhöhnung der Situation und die daraus entspringende Inaktivität und Passivität (z. B. in der Frage des politischen Kampfes), wie gegen die Scheinrevolutionäre Tendenzen zur Verengung von Gruppen der Massenmobilisierung und der heroischen Regierung des Kampfes um die Gewinnung der Arbeit der Arbeiterklasse. Die Partei kann sich auch nicht begnügen mit der einfachen Zustimmungserklärung zu den Beschlüssen der Partei, statt sie entsprechend den besonderen Bedingungen der Zeit und der Situation anzuwenden. Es kommt alles darauf an, was in Kollektiven und Teams und in der

Wir jede geschlossenen ...

Genossen! ...

Genosse ...

Genosse ...

Genosse ...

A-SCHA ...

Genosse ...

Genosse ...

Genosse ...